

# **HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.**

BERICHTE AUS DEM AUSLAND  
8 / 2009

## **Politischer Bericht aus den Vereinigten Staaten von Amerika**

23. Juli 2009

Ulf Gartzke und Barbara Kilger  
Verbindungsstelle Washington



## IMPRESSUM

<b>Herausgeber</b>	<b>Copyright 2009, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel.: 089/1258-0, E-Mail: <a href="mailto:info@hss.de">info@hss.de</a>, Online: <a href="http://www.hss.de">www.hss.de</a></b>
<b>Vorsitzender</b>	<b>Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.</b>
<b>Hauptgeschäftsführer</b>	<b>Dr. Peter Witterauf</b>
<b>Verantwortlich</b>	<b>Ludwig Mailinger Leiter des Büros für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau / Internationale Konferenzen Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Tel.: 089 1258-202 oder -204 Fax: 089 1258-368 E-Mail: <a href="mailto:mailing@hss.de">mailing@hss.de</a></b>

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Berichtes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.  
Die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

## **Sarah Palin: Rücktritt zur Freiheit**

- Sarah Palin, republikanische Gouverneurin von Alaska und im vergangenen Jahr US-Vizepräsidentschaftskandidatin an der Seite des unterlegenen Senators John McCain, ist bereits mit 45 Jahren zu einer Person der Zeitgeschichte geworden. Nicht anders lässt sich das globale Medien-Echo erklären, welches ihre Rücktrittsankündigung vom 3. Juli 2009 hervorgerufen hat. Überdies zählt sie zu den wenigen Perspektiv-Gestalten auf Seiten der Republikaner, welche ihnen nach Ende der Bush-Ära noch verblieben sind. Wo liegen nun aber die eigentlichen Gründe für Palins Rücktritt? Die Bilanz der seit Dezember 2006 regierenden Gouverneurin kann sich durchaus sehen lassen. Gouverneurin Palin ist es gelungen, wegweisende Gesetzesinitiativen, die bereits seit Jahren in der politischen Diskussion standen, in geltendes Recht umzusetzen. Dazu zählen sowohl soziale Maßnahmen wie staatliche Sonderzahlungen an Bedürftige als auch ein wegweisendes Pipeline-Projekt, welches insbesondere von den Ureinwohnern stets gefordert wurde. Ermöglicht wurden Palin diese und weitere Erfolge nicht zuletzt durch die Tatsache, dass sie in Alaska auch Abgeordnete der Demokraten zu überzeugen vermochte. Deren politische Unterstützung endete jedoch mit Palins Kandidatur für die Vizepräsidentschaft, ein Umstand, der ihren Erfolg jedoch keineswegs schmälert. Es ist folglich kein Rücktritt aufgrund eines Skandals oder Erfolglosigkeit im Amt. Auch die Sarah Palin von vielen Analysten unterstellten Ambitionen in Richtung Weißes Haus für die Wahl 2012 sind nicht das eigentliche Motiv.
- Es war vielmehr die nicht enden wollende Welle von Angriffen gegen ihre Person, welche zu diesem Schritt geführt hat. Diese Angriffe erfolgten sowohl auf politischer als auch auf persönlich-familiärer Ebene. Gerade die letzteren erwiesen sich zumeist als besonders infam und hatten oftmals die Kinder der Gouverneurin zum Ziel. So zog TV-Talkshow-Moderator David Letterman Anfang Juni Sarah Palins 14-jährige Tochter Willow in widerwärtig anzüglicher Weise durch den Schmutz. Auch ihr gut einjähriger Sohn Trig, welcher am Down-Syndrom leidet, war mehrfach Opfer politischer Attacken. Die empörten Reaktionen Sarah Palins auf die Beleidigungen ihrer Kinder brachten ihr selbst mehrfach heftige öffentliche Kritik von linken Medien ein.
- Politisch wurden Sarah Palin hinsichtlich ihrer Amtsführung diverse Verstöße gegen bestehende Ethik- und Reisekosten-Richtlinien vorgeworfen. Dies hatte in jedem Einzelfall, auch bei noch so offensichtlicher Haltlosigkeit des erhobenen Vorwurfs, von Amts wegen die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens zur Folge. Aufgrund dieser gesetzlichen Ermittlungspflicht sind dem Staat Alaska bereits Kosten von mehr als zwei Millionen US-Dollar entstanden. Da die Ethik-Richtlinien des Staates Alaska bei Streitfällen überdies dem Beschuldigten stets die Kosten seiner Verteidigung aufbürden, sind Sarah Palin, trotz der Freisprüche in allen bislang 15 Verfahren, Anwaltskosten in Höhe von 500.000 US-Dollar entstanden – eine erhebliche persönliche finanzielle Belastung der Familie Palin. Weitere zu erwartende Verfahren hätten diese „legal fees“ bis zum Ende der regulären Amtszeit noch erheblich wachsen lassen.
- Für Palins Amtsführung selbst bedeuteten diese Verfahren naturgemäß eine gravierende Belastung. Ein noch größeres Problem erwuchs Sarah Palin jedoch aus den Transparenz-Vorschriften des Bundesstaates Alaska, insbesondere dem Freedom of Information Act (FOIA). Dieser verpflichtet die Exekutive, jedem Bürger, auch ohne Vorliegen eines besonderen Interesses, Einblick in sämtliche Dokumente und Informationen zu gewähren – von begründeten Ausnahmen abgesehen. Die Bearbeitung dieser sog. FOIA-Anfragen hat dazu noch innerhalb einer vergleichsweise kurzen Frist zu erfolgen. Bei Sarah Palin und ihrem Stab waren zwischenzeitlich bereits 150 FOIA-Anfragen bzgl. ihrer Amtsführung eingegangen (Hunderte weitere wurden bereits von Palins politischen Gegnern angekündigt!), welche infolge der gesetzlichen Fristvorgaben einen großen Teil der Kapazitäten der Gouverneurs-Verwaltung beanspruchten. Insider sprachen hier von Lähmungserscheinungen der Administration, welche als rein innenpolitische Angelegenheit Alaskas jedoch keine landesweite Beachtung fanden.

- Wahrzunehmen waren diese Vorgänge aber anhand der Amtsführung von Sarah Palin, die sich in den letzten Monaten mehr und mehr zurückzog, Interviews vermied, Einladungen ausschlug und offenbar vor allem darauf bedacht war, ihren Gegnern keinerlei erneuten Angriffsflächen zu bieten. Die Gouverneurin von Alaska schien unrettbar in der Defensive zu versinken, verbunden mit der Gefahr, in einen Zustand der politischen Agonie zu geraten. Aber nun der unerwartete Befreiungsschlag am 3. Juli mit der Ankündigung ihres Rücktritts zum 26. Juli. Bei Amerikas politischen Kommentatoren und Analysten gab es wenige wie z.B. John Fund vom „Wall Street Journal“ oder Karl Rove von FOX News, welche die wahren Hintergründe von Palins Rücktritts richtig zu deuten vermochten und dementsprechend sehr kritische Anfragen zum FOIA stellten, mit dem bei missbräuchlicher Anwendung offenbar demokratisch legitimierte Amtsträger auf bürokratischem Wege aus dem Amt gedrängt werden können, ohne dass irgendeine Amtspflichtverletzung vorliegt.
- Die überwältigende Mehrheit der politischen Beobachter deutete Palins Rücktritt jedoch im Zusammenhang mit ihren angeblichen Ambitionen hinsichtlich der Präsidentschaftswahl 2012. Überdies, so der Medien-Tenor, bestätige sich einmal mehr der Ruf Sarah Palins als politisch sprunghaft – ein Attribut, welches sie übrigens mit ihrem ehemaligen Wahlkampf-Partner John McCain teilt. Ihr Rücktritt, so politische Gegner bei Demokraten und Teilen des republikanischen Partei-Establishments, sei letztlich als Aufgabe zu werten („Palin’s a quitter!“)– ein Vorwurf, den Palin durchaus vorhergesehen hat, wie aus ihrem Umfeld zu erfahren war. Aber der Wunsch nach Wiedererlangung von persönlicher und politischer Handlungsfreiheit war bei der Gouverneurin schließlich größer als alle Bedenken. Ihren Anhängern hat Palin bereits angekündigt, nun in anderer Rolle für ihre politischen Ziele zu kämpfen. Ambitionen auf das Weiße Haus für 2012 hat sie in diesem Zusammenhang jedoch, bislang zumindest, nicht erkennen lassen.
- Für die Zeit nach dem Rücktritt am 26. Juli stehen zweierlei Dinge fest: Sarah Palin wird durch Vorträge und Veröffentlichungen, geplant ist hier u.a. ein Buch, die jüngst entstandenen finanziellen Belastungen mehr als ausgleichen können, und sie wird näher an das Zentrum der amerikanischen Politik nach Washington, DC rücken. Dies mag bei manchen ihrer Parteifreunde durchaus für Unbehagen sorgen, zumal ihr künftiger Einfluss auf die republikanische Partei eher wachsen könnte, denn grundsätzlich gilt, dass die Parteibasis ihr Herz gern an innerparteiliche Querköpfe verliert. Dies wiederum könnte für die kommenden Präsidentschaftswahlen 2012 von Bedeutung sein, zumal die Republikaner ihren in Wahlen unterlegenen Kandidaten bei späteren Nominierungen nahezu „Erstgeburtsrechte“ zubilligen. Demzufolge stünde Palin für 2012 sehr weit oben auf der Kandidatenliste. Gemeinsam mit Mike Huckabee und Mitt Romney liegt sie bereits in entsprechenden Umfragen vorne.

### **Ungesundes Klima für Präsident Obama**

- Große Ziele für einen großen Präsidenten verhiess das Programm Barack Obamas im Wahlkampf 2008. Und nun, gut ein halbes Jahr nach seiner triumphalen Amtseinführung werden die ehernen Ziele von Präsident Obama mit der harten Realität konfrontiert, was zum Schwinden seines politischen Zauberscheines („Yes, we can!“) führt. Eine Gallup-Umfrage goss dies jüngst in harte Zahlen und ermittelte für Obama geringere Zustimmungswerte als sie sein Vorgänger George W. Bush zum selben Zeitpunkt seiner Amtszeit vorweisen konnte. Allerdings hatte Bush seinerzeit nicht mit einer gigantischen Weltwirtschaftskrise zu kämpfen. Die dramatische Verschlechterung des globalen Wirtschaftsklimas verhalf andererseits Barack Obama zu der nötigen politischen und öffentlichen Unterstützung für seine gewaltigen Konjunkturprogramme samt ebensolcher Verschuldung. Aber die erwartete Bewältigung der Krise gelang auch einem Barack Obama vorerst

- nicht. Trotz aller Bemühungen steigt in den USA die Zahl der Arbeitslosen und der vom wirtschaftlichen Niedergang Betroffenen dramatisch an.
- Derzeit müht sich Präsident Obama um die Reform des amerikanischen Gesundheitswesens – jedoch mit ungewissem Ausgang, da auch in seiner eigenen Partei die Zweifel angesichts der damit verbundenen gigantischen Kosten (mindestens ca. 1.000 Milliarden US-Dollar innerhalb der nächsten 10 Jahre) sowie der explodierenden Staatsverschuldung zunehmen. Unabhängig vom Ausgang dieses politisch extrem explosiven Reformvorhabens stehen bereits kurz nach der sommerlichen Sitzungspause im September die Klimaschutz-Gesetze des Präsidenten auf der politischen Agenda, welche u.a. die Reduktion von Treibhausgasen mittels des bereits in anderen Ländern erprobten Zertifikate-Handels („cap-and-trade system“) anstreben. Die dadurch in zahlreichen energieintensiven Wirtschaftszweigen zu erwartenden Kostensteigerungen haben bereits den heftigen Widerstand etlicher demokratischer Senatoren aus dem Süden und mittleren Westen der USA hervorgerufen. Während die Republikaner die Gesetze als verkappte Energiesteuer brandmarken, fürchten Teile der Demokraten durch den börsennotierten Handel mit CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten einen weiter steigenden Einfluss des Finanzsektors auf die Energiepreise. Vor dem Hintergrund des dramatischen Energiepreisanstiegs im Sommer 2008 enthält dieses Szenario politische Sprengkraft.
  - Barack Obama hat also bei seinen Bemühungen zum Schutz des Weltklimas mit einem überparteilichen Widerstand im Kongress, vor allem im Senat, zu rechnen. Letztlich wird er mindestens 60 der 100 Senatoren auf seine Seite ziehen müssen, um die seitens der Republikaner zu erwartende Filibuster-Blockade zu überwinden. Angesichts sinkender Popularitätswerte – seit Mitte Juli 2009 erstmals unter der kritischen Marke von 50 Prozent! – sowie wachsenden Rezessionsdrucks wird der Präsident das Gesetzgebungsverfahren aber mit deutlich weniger Rückenwind vorantreiben können als bisher. Vorhandene Möglichkeiten zur Bildung einer parteiübergreifenden Allianz zum Klimaschutz ließ Barack Obama bislang weitgehend ungenutzt. So war es gerade der bei den Präsidentschaftswahlen 2008 unterlegene Senator John McCain aus Arizona, welcher auf seine eigenen Initiativen zum Klimaschutz verwies und die nicht vorhandene Kooperationsbereitschaft der Obama-Administration anprangerte. Sollte diese weiterhin ausbleiben, müssen die Erfolgsaussichten für Präsident Obama als eher gering eingeschätzt werden.
  - Eine Niederlage beim Klimaschutz könnte die internationale Begeisterung für Barack Obama deutlich mindern und dem Rest der Welt die ebenso nüchterne wie banale Erkenntnis vermitteln, dass auch ein Präsident Barack Obama die USA nicht neu erfinden kann. Hier haben viele Amerikaner zum jetzigen Zeitpunkt bereits einen deutlichen Wahrnehmungsvorsprung!

*Ulf Gartzke ist Leiter der HSS-Verbindungsstelle Washington.  
Barbara Kilger ist Research Fellow in der HSS-Verbindungsstelle Washington.*

+++